

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Konto: Hannover 57613  
Redaktions-Konto: Essen . . . 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 0,75 Goldmark  
Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Cimberg, Essen. Druck: H. Hausmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Bismarckstr. 38/42

Telefon-Nummern: 88, 89, 90  
Telegraph: Arbeiterverband Bochum

### Glücksjahr 1923 †

103 Menschen verhungerten 1922 bis Oktober 1923 in Berlin. Das heißt: bei 103 Todesfällen wurde ärztlich Verhungern als Todesursache festgestellt. Wieviel darüber hinaus in Berlin, im ganzen Lande direkt und indirekt verhungerten, das weiß keine Statistik auf. Zehntausende, Hunderttausende werden es sein, Millionen leben unter härtester Enzuehrung, Millionen grinst Tag für Tag mehr das schrecklichste Elend in die Stirn.

Das war das Jahr 1923 für die Armen! Es brachte ihnen Verlust des Besten, das sie etwa noch hatten,ehrte den letzten Rest an Habe auf, der nicht wieder ergänzt werden kann, schleuderte fröhlich behäbige, ja wohlhabende Existenzen in das Nichts des Lumpenproletariats.

Mußte das so sein? Wir wissen, daß es nicht so sein brauchte, daß es nur so sein konnte, weil die Massen des Volkes geduldet oder verzwängt wurden statt energisch und klug am Bau einer neuen Wirtschaft zu helfen, deren Fundamente gelegt waren.

Festinn der Wirtschaft, Festinn der Politik waren das Kennzeichen des verflorenen Jahres. Gibt es eine kühnere Aufgabe gegen die kapitalistische Wirtschaft, als die Worte Walter Rathenau's:

„Würde die Hälfte der verschwundenen Weltarbeit in möglichste Maschinen gewandelt, so wäre jeder Arme der zivilisierten Länder ernährt, bekleidet, behauset.“

Rathenau, einer der hervorragendsten Wirtschaftskenner, hat durchsichtig Recht mit diesen Worten, heute noch, nach Krieg und Kriegsfolgen! Und warum werden der Wirtschaft nicht solche Rechen gelehrt, nicht solche vernünftige Grenzen gezogen? Weil die Mehrzahl der Schaffenden zu träge ist, die Wahrheit zu erkennen und zu energielos, sie in klug aufbauender Arbeit zur Wirklichkeit zu gestalten. Auch das zeigte sich im letzten Jahre wiederum so deutlich wie nur jemals zuvor.

Der Kampf an Ruhr und Rhein gab dem Jahre 1923 das Gepräge. Widerstand gegen die Okkupationsmächte war eine gefühlsmäßige Selbstverständlichkeit. Sie war zu verstehen, zu rechtfertigen, wenn sie begleitet gewesen wäre von kluger Einschätzung des Kräfteverhältnisses, des durch einen geschickten Kampf Erreichbaren, wenn sie vor allen Dingen begleitet gewesen wäre durch eine operativ-energievolle Wirtschaftspolitik. Wir haben eine solche Politik im Ruhrkampf, als er einmal da war, umsonst empfohlen und gefordert. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einem Rückblick auf 1923:

„Es mag heute, nachdem dieser neue Krieg verloren ist, nahe liegen, sein Beginn als Torheit anzusehen. Vielleicht war er das auch, aber in dem Augenblick, in dem das deutsche Volk sich mit der neuen Besetzung einem Rechtsbruch gegenüber sah, konnten nicht kluge, wirtschaftliche Erwägungen über Risiko und Chancen entscheiden, sondern aufgeregte politische Leidenschaften übten ihre Wirkung aus.“

Ein ganzes Volk, alle Parteien haben in diesem Kampf Politik mit dem Gefühl gemacht. Heroisch wurde dieser Kampf geführt, im Gefühl des Rechts wurden unerhörte Opfer von den Angehörigen der verschiedensten Volksschichten gebracht, Opfer, die in der Geschichte dieses sentimentalen Volkes ihres ein Ruhmesblatt bleiben werden. Aber wieder hat das Frankfurter Blatt Recht, wenn es schreibt:

„Frei von jedem Heroismus war aber — und hier liegt die schwere Schuld, ja man darf historisch sagen, das Verbrechen der Regierung — die Politik, in deren Zeichen die Reichszentrale diesen Kampf führte und in deren Folge es auch an „Ruhrkampfgewinnen“ im besetzten und unbesetzten Gebiet nicht ...“

Die finanzielle Wirkung des Ruhrkampfes, der durch Ruhrsieg und durch Opfer finanziert wurde, ist aus dem letzten, sehr verfeinerten Reichsbankausweis vom 30. November ersichtlich. Es betragen in Milliarden Mark:

Reichsbanknoten-umlauf	Sonstige fäll. Verbindlichkeiten	Wechsel und Schecks	Diskont. Mark-schulden
7. Februar 2 252	383	901	1 924
7. Mai 6 728	3 979	3 088	6 261
7. August 63 926	38 043	25 340	79 646
8. Oktober 46 988 001	27 143 569	6 601 917	70 231 475

in Billionen Mark:

7. November 19 158 087	16 830 503	8 057 278	26 009 734
30. November 400 267 640	373 976 740	347 901 037	96 174 350

Am 7. November betrug der Notenumlauf 19,1 Trillionen, am 30. November 400,2 Trillionen, in Billionen geschrieben: 400 267 640 201 854 000 000 Mark!

Das ist das Ergebnis einer verwerdlichen Politik, die den Ruhrkampf führte, Spekulanten aller Art an ihm verdienen ließ, ohne durch Volkseinkünfte für eine Finanzierung zu sorgen! Ein kleiner Volksteil bereicherte sich an diesem Kampf, das Volk verlor alles an der grausamen Inflationsteuer. Es galt der Dollar offiziell (in Wirklichkeit Rand, besonders in den letzten Monaten, der Kurs weit höher):

1. Januar	7 260 277
31. Februar bis April	49 000
14. Juni	108 000
8. August	4 500 000
9. Oktober	1 200 000 000
14. November	1 260 000 000 000

Später 4,2 Billionen, im freien Handel 8, 10, 12 und mehr Billionen.

Jeder Bauer und Spekulant, jeder Ochs und jedes eierlegende Huhn richtete sich nach dem Dollarkurs, kein Lohn, kein Gehalt vermochte den Preis zu folgen. Gesundheit und Leben von Hunderttausenden, die Wertverlust von Millionen ging bei diesem rasenden Kreditspiel zum Tausel, so daß man aufatmete, als endlich im November auf der Basis von 1 Goldmark zu 1 Billion Papiermark eine neue Stabilisierungsperiode begann. Aber sehr bald folgten neue, größere Sorgen für die breiten Massen des Volks. Die Umstellung der Wirtschaft begann. Die scheinbare Hochkonjunktur war vorüber. Eine wirkliche Hochkonjunktur bedeutet ja nicht nur Steigerung der Produktion, Mehrung des sogenannten Volkvermögens, sondern auch Steigerung der Konsumkraft der breiten Massen. Bei der scheinbaren Hochkonjunktur ging die letztere Tag für Tag rascher zum Tausel. Eine radikale Umgestaltung der Vermögen setzte ein. Der früher behäbige Leibe, wurde bettelarm, während Reichtum und Wafte Billionäre und Trillionäre wurden. Jetzt hat sich die Inflationsschneise totgelaufen, die Krise setzt mit nie gekannter Grausamkeit ein und droht Millionen zu verelenden. Dreieinhalb Millionen Arbeitslose und Millionen Kurzarbeiter hatten im Anfang Dezember. Soziale Fürsorge, Krankent., Invaliden- und Altersfürsorge, die private Wohltätigkeit, sind erdötet oder lahmgelegt, nachdem die Inflationsschneise jede Sparmöglichkeit unterbunden, jede Ergänzung von Hausgerät, Kleidung und Schuhwerk auf ein Minimum reduziert hatte.

Wiederum jählt das arme Volk die Folgen des Krieges! Ob es endlich lernt, sich gegen jeden Krieg der Kapitalisten zu wehren? Diese Herrschaften profitieren an jedem Krieg, brüden sich vor allen Kriegslasten, wenn das in Deutschland diesmal auch nicht so leicht ist.

Der Ricum-Vortrag warnt die Arbeit-Industrie mit weltanschaulicher Abhängigkeit von der französischen Schwereindustrie. Die

### Altes und neues Jahr

Victor Kalinowski:

1923 †

Fahre hin, du schlimmes Jahr!  
Wir werden dich nicht vertrauen!  
Jeder deiner Tage war  
Gespielt mit Unheil und Gefahr,  
Mit Not und Leid und Hungerschaumern.

Freude war dir unbekannt,  
Du leisset Menschen verderben.  
Fressend wie ein Feuerbrand  
Ergrast die Herd sich übers Land,  
Viel schänden Mamon zu erwerben.

Wucher und Inflation,  
Besatzung und Spekulanten,  
Schleberpreise, wenig Lohn,  
Verzweiflung und Rebellion:  
Das waren deine Abgesandten.

1924 \*

Arm wie Hob sind wir zwar  
Und unsre Wunden sind offen.  
Wetterrotzend wie ein Har  
Reginnen wir das neue Jahr  
Croiz aller Crödsal, denn wir hoffen!

Hoffnung gibt uns neuen Mut.  
Die Drangsal hat uns gehämmert.  
Schüren wollen wir die Blut  
Im Kampf ums Redt, um Licht und Gut,  
Es uns das Jahr der Freiheit dämmert.

Neues Jahr, enttäusche nicht  
Die Hoffnung der Freudelesent!  
Spende ihrem Leben Elmt  
Und winde ihrer Fron und Pflicht  
Huch einen Kranz aus roten Rosen!

direkte Belastung unserer Bechen und Hüften ist noch nicht das Schlimmste. Die Kontrolle der Ruhrindustrie durch die Picum soll nur dem Zweck haben, die Reparationsleistungen flüssig zu machen. „In diesem Zweck“ müssen Kauten, Zinsen, Bahnhöfe usw. alle schrittweisen Unterlegen zur Verfügung stellen, deren die Kontrolleure bedürfen. Wie weit der Rahmen dieses „Bedürfnisses“ gezogen wird, kann man heute noch nicht wissen. Die allgemeine Verteilung der Brennstoffe an der Ruhr wird durch die Picum kontrolliert, von einem Eigenleben der Ruhrindustrie ist also auch in dieser Hinsicht keine Rede mehr. Eine weitere Ausdehnung der Werte an der Ruhr wird anscheinend ganz unterbunden, denn nach dem Picumvertrag regelt sich die Ausfuhr in das Ausland und das unbefreite Deutschland nach der Ausfuhr von 1922. Auf dieser Grundlage wird die Gesamt-ausfuhr konstantisiert, d. h. kein Werk kein Konzern kann mehr ausführen als 1922 und auch das selbstverständlich nur, wenn die Bedingungen des Picumvertrags erfüllt werden.

Die Belastung, die Qualitäten vorzuführen, die Kontrolle, die Ausführungsleistung wären tödliche Schläge für die Ruhrindustrie, wenn unsere Kapitalisten sich nicht stets und überall zu helfen wüßten. Fusionen, Interessengemeinschaften mit französischen Werken dürften nicht auf sich warten lassen. Anderen Untertuglichkeiten wird die Ruhrindustrie aus dem Wege gehen, indem sie Teile ihrer Betriebe von der Ruhr in andere Teile Deutschlands verlegt. Schon wird gemeldet, daß Krupp seinen Lokomotivbau, den Bau landwirtschaftlicher Maschinen nach Magdeburg verlegt. Eine gewaltige Umgruppierung in den Konzernern der reichsweitverbreiteten Montanindustrie ist in vollem Gange. Eine Folge davon wird sein die Verlegung einer großen Anzahl von Betriebsstätten in das unbesetzte Deutschland. Neues Glend für Zehn, ja Hunderttausende wird die Folge sein!

Wie die Verträge aus allen Industrien zeigen, drängen die Unternehmer überall auf Lohnabschau und Arbeitszeitverlängerung. Die mittelständische Unternehmenszentrale hat die Unternehmenswünsche in Paragraphen gebracht, wonach nicht mehr als zwei Drittel der Arbeiter in Lohn gezahlt, die Arbeitszeit unter Umgehung der Tarifverträge „durch Vereinbarung mit den Arbeitern“ verlängert und das „überflüssige Schichtungsweifen“ beseitigt werden soll. So oder ähnlich arbeiten offen oder heimlich die gesamten Unternehmer.

Die Umstellung der Wirtschaft in Deutschland ist eine Notwendigkeit die heute jeder Denker einsehlich, die aber jeder und jede Gruppe so zu lösen sucht, wie sie seinen oder ihren Interessen entspricht. Mehr arbeiten, Beseitigung des Leerlaufs in der Wirtschaft sind Forderungen, die eine gewisse Berechtigung haben. Mehr arbeiten heißt aber nicht notwendig länger arbeiten, mehr produzieren ist die Hauptsache. Dazu gehört die Entlastung des Produktionsprozesses von unproduktiven Elementen. Aber was geschieht auf diesem Gebiet? Geht man da etwa mit den Mitteln des Ermächtigungsgesetzes gegen die produktionshemmenden Schieber, Spekulanten und überflüssigen Händler vor, die zu Millionen die Wirtschaft unnötig belasten? Nein, die läßt man ungeschoren, man „reingt“ die Betriebe auf andere Art: nach engstirnigem behaltungslosigen Rezept legt man Betriebe oder Betriebsstellen still und entläßt massenhaft Arbeiter lediglich nach Gesichtspunkten augenblicklichen Profits. Wir können uns auch im Bergbau, dem nach dem Kriege mehr oder minder unangenehm eine Menge berufsfremder Arbeitskräfte zugeführt wurden, eine „Reinigung“ der Betriebe von produktionshemmenden Faktoren denken, die sozial erträglich wäre, an der wir mitwirken könnten. Aber solche Methoden werden nicht besorgt, wenn die Arbeitenden sie nicht erzwingen.

Rur wenn endlich die Arbeitenden aus den Lehren des Glendjahres 1923 lernen, daß nur in starrer, kräftiger Organisation ihr Best liegt, nur dann kann 1924 ein wenig besser werden, als 1923 es war.

Dazu: Glad auf!

### Kohlenpreise 1913 und jetzt.

In der gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates am 20. Dezember 1923 wurde eine weitere Senkung der Kohlenpreise bis zu 10 Prozent beschlossen. Damit stellen sich die Nettokohlenpreise im Durchschnitt auf etwa 125 bis 135 Prozent der Vorkriegspreise. Im Vergleich zu 1913 stellen sich Bruttokohlenpreise und Nettokohlenpreise je Tonne wie folgt:

Revier	Kohlenpreis in 1913	jetziger Bruttokohlenpreis*	Bruttokohlenpreis überhöht Vorkriegspreis um %	jetziger Nettokohlenpreis*	Nettobrennstoffwert überhöht Vorkriegspreis um %
Ruhrrevier:					
Reichskohlenrat	12,—	20,50	71,7	18,39	52,8
Reichskohlenrat	14,—	27,30	95,0	24,43	74,5
Obersteinkohle:					
Reichskohlenrat	11,44	16,40	43,4	14,30	25,0
Reichskohlenrat	13,80	18,99	37,3	17,51	25,4
Reichskohlenrat:					
Reichskohlenrat	14,99	22,70	52,5	19,40	30,3
Reichskohlenrat	17,10	26,67	56,0	24,39	42,8
Sachsen:					
Reichskohlenrat	16,50	25,40	53,1	21,60	30,9
Reichskohlenrat	22,—	29,45	29,3	26,03	18,8
Reichskohlenrat:					
Reichskohlenrat	9,21	15,20	65,0	15,25	60,7
Reichskohlenrat	9,—	14,13	57,0	11,70	60,0

\* Der Bruttokohlenpreis enthält die Kohlensteuer, die Kohlensteuer und die Kohlensteuer.

Eine kritische Würdigung dieser Preise ist erst möglich, wenn einwandfreie Unterlagen über Vorkriegspreise, Produktionsverhältnisse und die Kosten beigebracht werden können. Solange der Währungsverfall an-

hielt, waren solche Unterlagen nicht zu beschaffen. Durch den Währungsverfall wurden nicht nur alle Kalkulationsmöglichkeiten, sondern auch Moral und Wirtschaft zerschlagen. Unser Volk wurde dadurch in zwei große Gruppen geteilt, in Betrogene und Betrüger, oder noch besser ausgedrückt: in Betrüger und Selbstbetrüger, denn wer es nicht über sich gewinnen konnte, andere zu betrügen, betrug sich selber. Der Staat aber war zum Inbegriff aller Unmoral geworden. Nur durch eine feste Währung kann diesen unheilvollen Folgen begegnet und eine Gesundung der Wirtschaft herbeigeführt werden. Sobald feste Kalkulationsmöglichkeiten gegeben sind, werden die Arbeitnehmervertreter in der Rohstoffwirtschaft auch auf eine weitere Senkung der Kohlenpreise hinarbeiten können.

### Erste Sitzung des vorläufigen Vorstandes des Reichsnappschäftsvereins.

Als die Gründungsversammlung des Reichsnappschäftsvereins im Dresden ergebnislos verlief, weil die Werkvertreter es ablehnten, eine Satzung zu beschließen, hatte nach dem Geheiß der Reichsarbeitsminister das Recht, die Satzung zu erlassen und den Vorstand zu benennen. Unser Verband hat deshalb gleich nach der Gründungsversammlung alle Forderungen, die er bezüglich der Gestaltung der Satzung stellen wollte, dem Reichsarbeitsminister unterbreitet und auch die Kameraden benannt, die der Reichsarbeitsminister für den Vorstand berufen sollte. Der Reichsarbeitsminister hat, nachdem seine Bemühungen, das Reichsnappschäftsrecht zu ändern, beim Reichstag kein Gehör gefunden haben, die Satzung erlassen und auch den Vorstand benannt. Auf die Forderungen die wir zur Satzung gestellt haben und die nicht berücksichtigt worden sind, werden wir in einer der nächsten Nummern der „Bergarbeiter-Zg.“ zurückkommen, wenn wir die Satzung besprechen. Da wir bei der Benennung des vorläufigen Vorstandes des Reichsnappschäftsvereins nicht in dem Maße berücksichtigt worden sind, wie wir bei dem Verhältniswettbewerb unserer Stärke gemäß berücksichtigt werden müßten, haben wir bei dem Reichsarbeitsminister protestiert. Von den zehn Arbeitnehmervertretern, die zu ernennen waren, bekam unser Verband fünf, drei der christliche Gewerkschaften und zwei die Angestellten, und zwar einen der Butab und einen von G. d. A. Die fünf Kameraden, die dem Vorstand angehören, sind: Fritz Viktor und Peter Weyer (Ruhrrevier), Josef Kiland (Burmgebiet), Karl Köbberitz (Mitteldeutschland), Johann Lachmann (Obersteinkohle).

Am 19. Dezember hat nun in Charlottenburg, im Gebäude des Nappschäftsvereins, die erste Sitzung des vorläufigen Vorstandes des Reichsnappschäftsvereins stattgefunden. Die wichtigsten Punkte, die auf der Tagesordnung standen, waren:

1. Wahl des Vorstehenden und der zwei stellvertretenden Vorstehenden,
2. Aufstellung einer Geschäftsordnung für den Vorstand,
3. Beschlußfassung über die Leuerungszulagen und Mehrleistungen der Satzung,
4. Beschlußfassung über die vorläufigen Sonderbestimmungen,
5. Wahl der Ausschüsse.

Der 1. Punkt ist in dem Sinne erledigt worden, daß Geheimrat Dr. Weidman als 1. Vorstehender, Kamerad Fritz Viktor als 2. Vorstehender und Georg Werner vom Butab als 3. Vorstehender gewählt worden sind. Grundrichtig waren die Arbeitnehmervertreter der Auffassung, daß ein Arbeitnehmer als 1. Vorstehender zu fungieren hätte. Da aber Geh. Dr. Weidman, der von den Werkvertretern vorgeschlagen worden ist, die Vorarbeiten zur Eröffnung des Reichsnappschäftsvereins und als Reichskommissar zur Durchführung des Reichsnappschäftsvereins geleitet hatte, waren auch die Arbeitnehmervertreter einverstanden, daß er zum 1. Vorstehenden des Reichsnappschäftsvereins gewählt wurde.

Die wichtigsten Beschlüsse hatte der vorläufige Vorstand bei der Beratung über die Leuerungszulagen gemäß § 31 des RKG, und die Mehrleistungen zu fassen. Dieser Punkt ist leider nicht endgültig erledigt worden. Nach dem Einverständnis mit dem Reichsnappschäftsvereins hätte eigentlich die Gründungsversammlung die Leuerungszulagen festsetzen müssen. Der Reichsarbeitsminister hatte die Sache in der Satzung nicht geregelt, sondern sie dem Vorstande überlassen. Die Werkvertreter liegen durchblicken, daß an Leistungen bei der Pensionstarife, die über die Mindestleistungen des Gesetzes hinausgehen, gar nicht zu denken ist. Außerdem müßten nach ihrer Ansicht die Mehrleistungen in der Krankenversicherung abgebaut werden, weil die Belastung durch das RKG der Bergbau nicht tragen könne. Nach längerer Beratung, wobei die Arbeitnehmervertreter die Wünsche der Werkvertreter in einbringlicher Weise vorbrachten, mußte der Punkt verlassen werden, weil darüber eine Einigung nicht zu erzielen war. Gerade diese Angelegenheit ist von einer solchen Wichtigkeit, daß sie noch näherer Klärung bedarf. Es wird deshalb am 4. Januar der Satzungsausschuß zusammengetreten und sie zu regeln versuchen. Inzwischen sollten die Nappschäftsvereine angewiesen werden, den Inhabern, Mitgliedern und Waisen einen Pauschalbetrag als Rente zu gewähren und den Rest nach endgültiger Festlegung der Höhe zu zahlen. Auch über die Richtlinien für die Sonderverpflichtungen ist es zu keiner Verständigung gekommen. Darüber soll ebenfalls am 4. Januar verhandelt werden. Als Zeitpunkt, bis zu dem die Reichsnappschäftsvereine gebildet sein müssen, ist der 1. April 1924 festgesetzt worden.

### Eine oberstelektische Revierkonferenz

am 28. Dezember nahm nach lebhafter, sachlicher Debatte für und gegen das Arbeitszeitabkommen die folgende Entscheidung mit allen gegen zehn Stimmen an:

Die außerordentliche Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, die von 137 Betriebsräten, Vertrauensleuten und sonstigen Verbandsfunktionären besucht ist und die am 23. Dez. 1923 im Fönninger-Markt-Kasino in Hindenburg tagte, mag den oberstelektischen Arbeitgebersverband vor der Öffentlichkeit der fortgeschrittenen Produktionsuntergen an. Der Wirtschaftsfrieden, der im Interesse der Gesundung unseres Wirtschaftslebens dringend erforderlich ist, kann nicht eintreten, wenn der Arbeitgeberverband sich andauernd über Vereinbarungen und gegläubte Schiedsprüche hinwegsetzt, sogar direkt gegebene Versprechungen nicht einhält.

Die Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre des Verbandes erkennen an, daß der Bezirksleiter des Verbandes bei der Zustimmung zu dem Ueberarbeitszeitabkommen sich nur von dem Motiv leiten ließ, den Interessen der oberstelektischen Bergarbeiter damit zu dienen. Das Verrätergeheimnis unaufgeklärter und unklarer Rädle weiß die Konferenz energisch zurück. Sie fordert von der Bezirksleitung, daß die abschließlichen Verleumdungen gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Dem abgeschlossenen Ueberarbeitszeitabkommen stimmt die Konferenz unter der Einschränkung zu, daß die Ueberarbeit nur zu leisten ist, wenn von dem Tage des Beginns der Ueberarbeit an die Abbau entsprechend dem gegebenen Versprechen des Herrn Generaldirektors Schöpler zur Auszahlung gelangen, die in den zentralen Vereinbarungen oder durch Schiedsprüche festgesetzt werden, und daß ferner für die zu wenig gezahlten Abhine eine Nachzahlung erfolgt.

Zügigkeit und Galtung der Bezirksleitung entsprechen im Übrigen den Ansichten der Konferenz. Die Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre des Verbandes sprechen deshalb der Bezirksleitung das Vertrauen aus und erlauben sie, weiter wie bisher die Interessen der Bergarbeiter energisch wahrzunehmen und im Kampf gegen das oberstelektische Unternehmertum nicht zu erlahmen.



Wirtschaftsteil.

Vorwort.

Seit Frühjahr 1922 wurde vom Verbands der Bergarbeiter Deutschlands die Zeitschrift 'Verband und Wirtschaft' herausgegeben...

Internationale Kohlen- und Eisenpreise.

Ende November 1923 in Goldmark je metrische Tonne.

Table with 5 columns: Country (Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Ver. Staaten von Amerika) and rows for different coal and iron types.

Diese nach amtlichen Ziffern aufgestellte Tabelle zeigt deutlich den überaus hohen Preisstand der Erzeugnisse der deutschen Montanindustrie gegenüber dem Auslande...

Vorkriegspreise in Mark je metrische Tonne.

Table with 5 columns: Country and rows for different coal and iron types, showing pre-war prices.

Internationale Produktionszahlen der Montanindustrie.

Table with 6 columns: Country, and rows for different months and coal/iron types.

Die Wirtschaftslage Deutschlands läßt sich nur im Rahmen der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge beurteilen. Obige Tabelle läßt einmal den mengenmäßigen Rückgang der deutschen Produktion...

Umgruppierungen in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie. Nachdem kurz nach der Ruhrbesetzung zahlreiche Gesellschaften und Konzerne ihren Verwaltungssitz in das unbesetzte Gebiet verlegt haben...

Eine Interessennahme ausländischer Kapitalien ist in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Micum-Vertrage bei den Mannesmannröhrenwerken zu beobachten.

Diese angehenden Umorganisationen dürften zum Teil auch die Schwierigkeiten der Kohlen-Syndikalisierung erneuern deuten.

Zur Lage des Erzbergbaus. Der deutsche Erzbergbau ist nicht erst seit der Ruhrbesetzung notleidend, die Absatzverhältnisse sind aber im Laufe des Jahres so schlecht geworden...

Kaliindustrie. Seit September 1923 leidet die Kaliindustrie unter einer Absatzkrise, deren Rückwirkungen auf die dort beschäftigten Arbeiter in Form von Feuerschichten und Entlassungen...

zum Inlandsabsatz ist 1923 erheblich gestiegen. Die Industrie klagt über die Verständnislosigkeit der heimischen Landwirtschaft...

Table: Reichsindexziffer der Teuerung 1913/14 = 100. Columns for month and year, showing index values.

Bei einem Stande der Goldmark = 1 Billion zeigt die letzte Messziffer eine echte Teuerung um 15 Prozent (für den Großhandel 20 Prozent) über die Vorkriegsgoldpreise.

Arbeitslosigkeit. In Deutschland wurden Anfang Dezember 3 450 000 Vollerwerbslose unterstützt, daneben noch weitere 2 330 000 Kurzarbeiter...

Deutschlands Nahrungsmittelnot. Deutschland hat nach dem Ergebnis der letzten Getreideernte einen Brotgetreideimportbedarf von noch etwa 1 1/2 Millionen To. bis August 1924.

Verantwortlich: Dr. Georg Berger, Bochum.

Lohnverhandlungen im Saargebiet.

Die Lohnverhandlungen am 22. Dezember hatten kein Ergebnis. Die Direktion lehnte eine Lohnverhöhung für Dezember ab...

Unternehmerwillür in Mitteldeutschland.

Es hat mal eine Zeit gegeben - es ist noch nicht gar lange her - als Herr Leopold, der Gewaltige im Bergbau Mitteldeutschlands...

Das Kampfgeld ist eine gesunde Selbstverwaltung, der Siegespreis ein Gehäuse der deutschen Wirtschaft, in dem es nicht mehr Unterdrücker und Unterdrückte gibt...

Vermeidung von Säuren nur allmählich unter Wahrung sozialer Gesichtspunkte erfolgen. Die zum 1. Januar 1924 ausgeprobierte...

Zur Lohnpolitik hat der Arbeitgeberverband des Magdeburger Braunkohlensiebts, geleitet von Dr. Pieper, am 26. November...

Der Tarifsausschuß hält es für notwendig, baldmöglichst in eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Chemie, Metallindustrie...

So sehr heute die Arbeiterfreundschaft, die Kameradschaftlichkeit der Unternehmer aus!

Der Schiedspruch für längere Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands

beschäftigte eine Konferenz aller Organisationen, die am 30. Dezember in Röhren stattfand. Anwesend waren 20 Delegierte aus allen Reibereien...

Die Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist in der ungeländigsten Arbeitsordnung unmissverständlich festgelegt.

Der Schiedspruch legt eine Arbeitszeit fest, die vielfach in Widerspruch mit der Verordnung über die Arbeitszeit erscheint...

Die Konferenz erwartet von den Behörden dringend, daß sie unverzüglich alle Maßnahmen treffen, um den Rechten der Arbeiter Geltung zu verschaffen.

Wie wir vorbestimmt die Konferenz dem Schiedsgericht das Recht zu einem solchen Spruch, weil 1. die Arbeitszeit rechtlich unvertretbar ist...

Wemertstwert ist das Vertrauen zum Verband, das bisher zum Ausbruch kam, daß die zum erstemal geschlossene...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Freunde von der Union haben in den letzten Wochen ein Flugblatt verbreitet, in dem sie die Ruhrbergeute aufforderten...

Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Die Hege gegen Langhork. Kamerad Langhork hat seine Stellung als Beiratsleiter unseres Verbandes aufgegeben...

Verbandsnachrichten.

Kamerad Langhork hat seine Stellung als Beiratsleiter unseres Verbandes aufgegeben, weil er die gegen ihn betriebene Ehe lieb war...

Kamerad Langhork hat seine Stellung als Beiratsleiter unseres Verbandes aufgegeben, weil er die gegen ihn betriebene Ehe lieb war...